

Ministerpräsident kündigt Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an CDU-Fraktionschef Thümler: Regierung Weil zieht die Notbremse

Mittwoch 30. September 2015 - **Hannover (wbn).** **CDU-Fraktionschef Björn Thümler bezeichnet das Vorhaben von Ministerpräsident Stephan Weil, die Feuerwehrakademie in Celle in zwei Wochen wieder für ihren eigentlichen Zweck zu nutzen, als „Notbremse“ der Landesregierung.**

„Ich freue mich, dass der große gemeinsame öffentliche Druck gewirkt hat. Mit der zügigen Räumung der Feuerweherschulen in Loy und Celle hat die Regierung Weil die Notbremse gezogen. Zu groß war der Protest von Feuerwehr, betroffenen Menschen vor Ort und aus der Politik über diese offensichtliche Fehlentscheidung des Innenministers. Feuerwehrleute aus ganz Niedersachsen erhalten in Kürze wieder ihre dringend benötigten Ausbildungen und tragen damit zum Schutz der Bevölkerung bei.“

Fortsetzung von Seite 1

Dazu fordert Thümler Innenminister Boris Pistorius auf, möglichst bald für Klarheit zu sorgen, wie die von der vorübergehenden Schließung der NABK betroffenen Feuerwehrleute ihre ausgefallenen Lehrgänge nachholen können.

Rückblickend sei die Schließung der NABK-Standorte ein „schwerer Fehler“ der rot-grünen Landesregierung gewesen, urteilt Thümler. „Die Entscheidung hat diejenigen unverhältnismäßig stark benachteiligt, die sich dieser Tage in besonderer Weise bei der Flüchtlingsunterbringung engagieren. In den Feuerwehren ist verständlicherweise viel Vertrauen zerstört worden. Auch bei den Menschen vor Ort bleibt der Eindruck hängen, dass die Landesregierung mit der Flüchtlingskrise völlig überfordert ist.“

NABK-Debatte: Björn Thümler bezeichnet aktuelle Entwicklung als Notbremse der Landesregierung

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 30. September 2015 um 10:53 Uhr

Die CDU-Fraktion hatte bereits am vergangenen Freitag gefordert, die Belegung der NABK durch Flüchtlinge umgehend rückgängig zu machen und alternative Quartiere bereitzustellen. Mit einem Brief hatte CDU-Fraktionsvorsitzender Thümler zudem Ministerpräsident Weil persönlich aufgefordert, die Fehlentscheidung rückgängig zu machen.